

# Frühjahrsession 2023; Analyse Geschäfte Nationalrat IG Agrarstandort Schweiz

2. März

## [22.3928](#) Mo. Sänderat (Salzmann). Stärkung der einheimischen Gemüseproduktion

Die Kommission des NR beantragt mit 17 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Motion in der von ihr geänderten Fassung (vgl. Ziff. 4 [des Berichts](#)) anzunehmen.

**Antrag:** Zustimmung zur abgeänderten Motion.

Mit der Hoffnung, dass die Branche Lösungen ohne den Bundesrat findet.

## [21.3087](#) n Mo. Badertscher. Verbindliches Nachhaltigkeitskapitel in Freihandelsabkommen

Der Bundesrat wird beauftragt, bei künftigen Freihandelsabkommen (FHA) das Nachhaltigkeitskapitel wie die übrigen Kapitel des FHA der Schiedsbarkeit zu unterstellen und damit die Verbindlichkeit der gemeinsamen Nachhaltigkeitsvereinbarungen zu stärken.

Der **Bundesrat** ist überzeugt, dass ein auf Dialog und Zusammenarbeit beruhender Ansatz auf lange Sicht bessere Resultate verspricht als Sanktionsandrohungen. Zudem verweist er auf die 2019 abgeschlossenen Überarbeitung des Modellkapitels zu Handel und nachhaltiger Entwicklung der Schweiz und ihren EFTA-Partnern. Allfällige Streitigkeiten, die sich mit den bereits verfügbaren Instrumenten, nämlich Konsultation, Mediation und Gute Dienste, nicht lösen lassen, ein zusätzliches Instrument vorzusehen (Panel und weitere Massnahmen).

**Antrag:** Ablehnung

## Mo. Wettstein. Deklaration "Schweizer Fleisch" und "Schweizer Eier" nur bei überwiegend inländischer Futterbasis

Der Bundesrat wird beauftragt, die Bestimmungen zu den schweizerischen Herkunftsangaben anzupassen, damit das Prädikat "schweizerisch" in den Herkunftsangaben von tierischen Produkten wie Fleisch, Milch, Eier, Zuchtfisch nur dann zulässig ist, wenn die Nahrung der Nutztiere, welche diese Produkte liefern, zu mindestens 75 Prozent auf inländischer Futterbasis beruht. Massgebend ist die zugeführte Energiemenge.

**Antrag:** Ablehnung.

Die Swissness-Diskussion wurde geführt und sie hat die Schwierigkeiten von solchen Regelungen gezeigt.

8. März

## AP 22+; Artikel 86b, Beiträge zur Verbilligung der Prämien von Ernteversicherungen

Die staatliche Verbilligung der Versicherungsprämien für Ernteversicherungen ist nicht notwendig. Denn bestehende Lösungen werden bereits nachgefragt.

**Antrag:** Streichung gemäss Minderheit Ryser